

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

Er erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Einschluß Post- und Zeitungsliste Nr. 1187.

Glück=Auf.

Berechnet werden
Inserate die dreizehnpennige Zeitspalt ober
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Bundes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Antipolstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Antipolstraße 9.

Inhalt: Die Metall- und Maschinenzölle. (Schluß). — Der deutsche Metallarbeiterverband — ein Theil der sozialdemokratischen Partei. — Geschäftsbericht der Nordöstlichen Eisen- u. Stahl-Berufsgenossenschaft pro 1901. — D. M. W.: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die im August 1902 bei der Hauptkassie eingegangenen Verbandsgelder. — Aus den Agitationsbezirken: Bericht des Bezirksleiters vom 7. Bezirk pro 1. und 2. Quartal 1902. Bericht der Agitationskommission für Südbayern pro 1. Halbjahr 1902. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allg. Kranken- u. Sterbefälle d. Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. Korrespondenz aus Berlin. — Literatur.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Bügelschleifern nach **Wald**, Rheinland (Blümacher, Weyer) Str.;
- von Bolzen- und Nieten nach **Schwelm** (Gerbes & Co.) Str.;
- von Dreherinnen nach **Berlin**, nach **Offenbach a. Main** (Wt.-Gef. f. Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.;
- von Fahrradarbeitern nach **Pittau** (Phänomenfahradwerke);
- von Feingoldschlägern nach **Dresden**, **Leipzig**, **Nürnberg** und **Schwabach** (besonders von den Werkstätten W. Wüthner, Fungler, Schlipfinger);
- von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach **Essfurt** (Trent und Schwabe & Co.); nach **Pierzen** (Wingel & Preuß); nach **Stuttgart** (Fugo Pelargus, Söfergießerei);
- von Gold- und Silberarbeitern nach **Kopenhagen** (G. Wentsch); nach **Rathenow** (Ritche & Günther) Str.;
- von Installateuren nach **Hamburg** (A.);
- von Kesselschmiedern nach **Barmen** (Siller & Jamart) Str.;
- von Klemmpern nach **Hamburg** (A.); nach **Ohligs** (Manke & Co.) A.; nach **Verbst** (Eisfeld);
- von Kupferschmiedern nach **Ohligs** (Manke & Co.) A.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Barmen** (Siller & Jamart) Str.; nach **Jamoner** (Steinfeld & Blasberg) A.; nach **Heinrichs i. Ch.** (Simson) D.; nach **Indenthal b. Köln** (Indenthaler Metallwerke) A.; nach **Nürnberg** (W. Scherf & Co., Metallwaarenfabrik) A.; nach **Paris**; nach **Pöfnach i. Ch.** (A. Schöne) M.; nach **Suhl i. Ch.** (Simson) D.; nach **Cölnscheid** (Heimendahl & Rademacher) A.;
- von Metalldrückern nach **Fürth** (Metallwaarenfabrik Gasselbacher) M.; nach **Hamburg**;
- von Metallschlägern nach **Lehhausen**; nach **Nürnberg** D.;
- von Kadelarbeitern nach **Chemnitz** (Stricknadel-Fabr. Max Müller) R. und M.;
- von Optischen Industriearbeitern nach **Rathenow** (Ritche & Günther);
- von Reibzeugmachern nach **Nürnberg** (Lögler) D.;
- von Rohrlegern nach **Hamburg**;
- von Schlossern nach **Offenbach a. M.** (Wt.-Gef. für Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.;
- von Schmiedern nach **Görlitz** (Wendt & Pabicht) Str.;
- von Zingießern nach **Nürnberg** (W. Scherf & Co., Metallwaarenfabr.) M.

Die Metall- und Maschinenzölle. (Schluß.)

Feuerwaffen sollen folgende Zölle zahlen:
Handfeuerwaffen aller Art 90 Mk., Bügel, Federn, Säbne, Läufe, auch Theile von solchen, roh 6 Mk. (gegenwärtig autonomer Tarif 60 Mk., Vertragsstarif 6 Mk.), bearbeitet 24 Mk. (60 und 10 bis 24 Mk.), Schlösser und Verschlußstücke, auch Theile von solchen, zu Handfeuerwaffen, roh vorgearbeitet 40 Mk. (60 Mk. und 24 Mk.), andere 90 Mk. (60 Mk. und 24 Mk.).
Uhren: Taschenuhren, auch solche mit Spielwerk in Goldgehäusen per Stück 3 Mk. (3 Mk. und 80 Pfg.), in Silbergehäusen 1,50 Mk. (1,50 Mk. und 60 Pfg.), aus unedlen Metallen 1 Mk. (50 Pfg. und 40 Pfg.), Uhrwerke zu Taschenuhren, fertige und Rohwerke 1,50 Mk. (1,50 Mk. und 40 Pfg.), Rohwerke 60 Mk. per Doppelzentner, Uhrgehäuse zu Taschenuhren aus Gold 1,50 Mk. (1,50 Mk. und 40 Pfg.), aus Silber oder unedlen Metallen 75 Pfg. (50 Pfg. und 40 Pfg.).

Erbe und Unruhen (Balancen) aus Stahl für Taschenuhren per Doppelzentner 60 Mk., Theile von Taschenuhren aus unedlen Metallen 200 Mk. (60 Mk.), Wand- und Standuhren, sowie alle anderweit nicht genannten Uhren mit Uhrwerken oder Spielwerken, Zählwerke, Registrierborrichtungen zc. 200 Mk., Uhrwerke aus unedlen Metallen 10 Mk. Alle diese Zölle wurden von der Kommission unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Zonwerkzeuge: Pfeifen-Orgeln 25 Mk. (30 Mk. und 20 Mk.), Harmoniums 40 Mk. (30 Mk.), Klaviere aller Art 40 Mk. (30 Mk.), Klavier-Mechaniken und Klaviaturen 55 Mk. (30 Mk.), Streich- und Zupf-Zonwerkzeuge 30 Mk. (30 Mk. und 20 Mk.), Blas-Zonwerkzeuge 35 Mk. (30 Mk. und 20 Mk.), mechanische Spielwerke 25 bis 40 Mk. (30 Mk. und 20 Mk.), Zonwerkzeuge, nicht besonders genannt 30 Mk. (30 Mk. und 20 Mk.), Saiten, aus Darm 50 Mk., aus Draht aller Art 100 Mk. (30 Mk. und 120 bis 175 Mk.).

Kinderspielzeug aller Art und Theile davon, auch Christbaumschmuck 10 Mk. (bisher je nach dem Material Zollsätze von 10, 12, 24, 30, 60 und 150 Mk.).

Nun kam der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen mit seinem Antrag auf Festsetzung eines Zolles von 1000 Mk. auf Orden wieder. Im Tarif ist die Einfuhr derselben zollfrei gelassen, aber im Januar hatten sich Graf Kanitz und mit ihm die Mehrheit selbst gegen die Zollfreiheit dieser überflüssigsten Luxusdinge und für die Verzollung derselben ausgesprochen. Stadthagen wies darauf hin und knüpfte daran die Frage, ob der Satz von 1000 Mk. nicht zu niedrig gegriffen sei? Sodann begründete er seinen Antrag in folgender förmlichen Weise: „Orden seien verschiedener Art, beständen aus den verschiedensten Stoffen, so daß ein besonderer Abschnitt geschaffen werden müsse. Da Waaren bis 250 Gramm zollfrei sind, so müsse Verzollung ohne Rücksicht auf das Gewicht der Orden eintreten. Aus Gründen der „nationalen“ Produktion und der finanzpolitischen Bedeutung, aber auch vom Standpunkte der Konsumenten, die Werth auf Orden legen und deren Werthschätzung durch Ordenskauf erwiesen sei, sei er, Redner, für Verzollung. Es handle sich bei ausländischen Orden darum, daß die inländische Produktion der Konkurrenz der ausländischen preisgegeben sei. Und da es sich bei Orden um einen Luxus handle, müsse man hier gerade zeigen, daß dieser der Eitelkeit fröhnende Luxus besteuerswerth sei. Redner beleuchtet den moralischen Werth von Orden durch Vortragung verschiedener Sprichwörter und Aussprüche von Humoristen. In Preußen werde ja auf verschiedene Würden und Titel, wie Kammerherren-Titel, eine Steuer gelegt. Diese Besteuerung der Eitelkeit sei ein vernünftiger Rest der übrigens unvermeidlichen Luxusbesteuerungs-Arten. Vielleicht könne durch den Ordenszoll das ganze Reichsdefizit gedeckt werden. Eine Liste, die er aufgestellt habe, regelt 156 ausländische Orden ohne Rücksicht auf deren Klassen, die Zahl sei noch nicht vollständig. Nähme man an, daß jeder nur zehnmal im Jahre verliehen würde, dann ergebe das eine Summe von 1,560,000 Mk.; aber die Steigerung der Summe ergebe sich aus der Steigerung der Eitelkeit, auch könne ein höherer Satz aufgelegt werden. Vielleicht kommt man dann auch zur Besteuerung der inländischen Orden. Das sei eine bessere Finanzpolitik, daß man von denen etwas nehme, die gern etwas geben können und wollen, nicht von denen, die nicht viel haben.“ Die Monarchisten lehnten die Diskussion über den sehr zeitgemäßen und berechtigten Antrag ab und

hierauf diesen selbst. Das war von den Herren sehr egoistisch, denn wenn sie die Ordensdinge vor aller Welt und zum Vergerniß mancher Leute zur Schau tragen wollen, so sollten sie dafür, wenigstens insofern es sich dabei um ausländische Fabrikate handelt, auch in Form des Zolles etwas bezahlen.

Entschieden gewehrt haben sich die Junker und Agrarier, von denen die ersteren ja die Hauptkonsumenten von Orden sind, gegen die Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen und es ist ihnen auch gelungen, den Zoll von 8 bis 9 Mk. auf Dampfzuglokomotiven zu streichen, so daß dieselben zollfrei importirt werden können und andere bezügliche Zölle zu ermäßigen. Ueber die Maschinenzölle gab es in der Kommission lebhafteste Debatten. Die Sozialdemokraten beantragten konsequent Zollfreiheit, der Freijünger Gothein bemühte sich um Ermäßigung der Zollvorschlüge der Regierung; indessen ist in beiden Richtungen gegen die kompakte hochschützöllnerische Mehrheit wenig erreicht worden. Die Zölle auf die Erzeugnisse der Feinmechanik wurden zutreffend als solche auf die Wissenschaft bezeichnet, zugleich aber betont, daß die feinmechanische Industrie selbst keinerlei Zoll wünsche und denselben geradezu als etwas Unglückliches erklärt. Man solle aber auch nicht mit solchen überflüssigen Zöllen anreizend auf das Ausland wirken. **Mollenbaur** führte aus, daß die Feinmechanik ein Stück Wissenschaft und in Deutschland zu hoher Blüthe gelangt sei. Die Interessenten haben nochmals eine Petition gegen die Zölle eingereicht und darauf hingewiesen, daß man ihre Industrie durch Zölle nur schädigen würde. Das Ansehen der deutschen Institute, welcher dieser Industrie geistige Hilfe leisten, würde herabgesetzt, die Wissenschaft beleidigt. Unsere großen Physiker würden erstaunt sein über diese kleinliche Mache des Entwurfs. Schließlich sei in Deutschland nicht einmal mehr die Wissenschaft zollfrei. Die Zölle wurden aber fast unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen, immerhin wurden verschiedene feinmechanische Erzeugnisse von der Zollliste gestrichen, also zollfrei erklärt, so Polarisationsinstrumente, Buffolen und Kompassse, Modelle von Maschinen und Schiffen aus unedlen Metallen, Präzisionswaagen, insofern sie wissenschaftlichen Zwecken dienen, astronomische, geodätische, nautische, geophysikalische und meteorologische Instrumente, Instrumente für Metrologie und Mischwesen, Kalorimetrische, thermometrische und barometrische Instrumente, optische Maßinstrumente, Apparate und Modelle für Laboratorium und Unterricht.

Die Maschinenzölle waren dem bekannten Sekretär des Scharfmacherverbandes, dem Abgeordneten **Beumer**, noch nicht hoch genug, er beantragte deren weitere Erhöhung, hatte damit aber kein Glück. Der Freijünger **Gothein** wies an der Hand der Ausfuhrstatistik nach, daß von einer Schädigung der Maschinenindustrie durch das Ausland nicht die Rede sein könne. Gerade der deutsch-russische Handelsvertrag habe die deutsche Maschinenindustrie gefördert. Auch die Beziehungen der Industrie zu England hätten sich gebessert. Deutschland benötigte doch auch der Konkurrenz des Auslandes zur Förderung der Technik. Die Maschinenindustrie könnte noch besser prosperiren, wenn ihm das Rohmaterial verbilligt würde, darauf hätten die Industriellen ihre Anstrengungen richten müssen, nicht auf Maschinenzölle. Es sei willkürlich, in Position 903 die Pumpen mit in diese Rubrik zu ziehen. Uebrigens hieße es den Brandschaden fördern, die Feuerzylinder höher zu verzollen. Der sozialdemokratische Abgeordnete **Sch-Ganau** bestätigte ebenfalls die erste

Entwicklung der Maschinenindustrie. Beumer habe sich auf die Rohstoffzölle bezogen. Wenn sich eine Industrie aber so entwickle, die Industriellen immer höhere Profite ziehen, sei es doch ein unverfrorenes Beginnen, den Profitmachern zu sagen, ihr müßt noch mehr haben und ihnen durch hohe Zölle noch mehr in die Tasche zu schieben. Beumer appellierte an die landwirtschaftlichen Vertreter für seine Anträge nach dem Grundsatz: Gib mir, damit ich Dir auch etwas geben kann. (Zuruf: Kuhhandel!) Es sei wunderbar, wie Beumer den „Segen der Zölle“ verteidige. Selbst in die Taschen der Arbeiter solle davon etwas kommen. Das sei aber stark zu bezweifeln, obgleich höhere Löhne die deutschen Arbeiter sehr gut brauchen könnten, und durch höhere Löhne auch die Leistungsfähigkeit der Industrie gesteigert werde, wie Amerika und England uns darin gute Beispiele liefern. Man möge auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik vorgehen, die Arbeiter vor Ausbeutung mehr schützen, das stärke die Industrie und ermögliche es, die zum Teil höher entwickelte Technik Amerikas in dieser Industriebranche zu erreichen. Zölle erschweren nur diese Möglichkeit, auch deshalb beantrage die Sozialdemokratie Zollfreiheit.

Der Agrarier Pahn stand nicht nur für die vorge schlagenen hohen Zölle ein, er erklärte, auch für die höheren, von Beumer beantragten Zölle zu stimmen, wenn — die landwirtschaftlichen Zölle weiter erhöht würden, d. h. gibst du mir eine Wurst, so lösch ich dir den Durst, ein „Prinzip“, auf dem der ganze Zolltarif und der um ihn geführte Kuhhandel beruht. Graf Pobjadovsky bemühte sich vergeblich, diese thätliche Schacherjüdelei zu beschönigen, während Gohlein nach den bekann ten Besen: „Es will mich schier bedünken, daß sie alle Beide stinken“, erklärte. Für ihn sehe man, daß beide Teile — Industrie und Landwirtschaft — die Lebensmittel verteuern wollen. Der bekann te allseitige nationalliberale Waage konstatierte, daß der Zoll auf Weizen 50 Proz. des Preises betrage (3). Derjenige auf Industrieartikeln 20 Proz. Er als Freund der Landwirtschaft werde nehmen, jedoch als von der Regierung zu erreichen sei.

Zu den Artikeln Wasserräder, Wagger, Pumpen, medizinisch bewegte Säuger, Werkzeugmaschinen usw. beantragte Beumer eine Verdoppelung der Regierungszölle. Diesen maßlosen Anträgen gegenüber führte Mollenhuth in längerer Rede aus, daß die deutsche Maschinenindustrie eine ehrenvolle und konkurrenzfähige Stellung auf dem Weltmarkt einnimmt und ihre Entwicklung nicht durch Zölle gehemmt werden dürfte, denn sie dürfte nicht rasen, um nicht zu rasen. Redner geht näher auf die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen, speziell in Amerika, ein, wofür die fortgeschrittene Industrie der Landwirtschaft durch diese Maschinen große Vorteile brachte. Dann kritisiert er die Staffelung des Gewichtes der Maschinen und der danach bemessenen Zölle, und weist durch Berechnungen nach, wie unheimlich diese Zollaufteilung sei, die besonders auch die Landwirtschaft befaßt. Gohlein habe vorher betont, daß trotz früherer Vereinfachung ein Fabrikant die von ihm benötigte Maschine nicht erhalten konnte wegen zu großer Verschärfung der Industrie, das werde in Zeiten der Prosperität mehr und mehr vorkommen, man müsse sich doch dann an das Ausland wenden. Wenn wir die Industrie schützen wollen, thun wir besser, sie vor Startellen zu schützen, statt sie durch Zölle zu behindern.

Die Beumer'schen Ueberzölle wurden nach längerer Debatte in zwei Sitzungen abgelehnt und die Regierungszölle angenommen.

Die Zölle auf Textilmaschinen wurden von Stadthagen bekämpft, ebenso diejenigen auf Dreismaschinen und Nähmaschinen. Da der Zentrumsmann Gerold in Gemeinschaft mit dem gräflichen Agrarier Schwerin die Beibehaltung des bestehenden Zolles von 5 Mk. beantragte und die vorge schlagene Zollerhöhung ablehnte, so warf dem Zentrum Stadthagen vor, daß es inkonsequent sei und er wies sodann darauf hin, daß die betreffenden Maschinen aus Amerika und England kämen. Entgegenge setzt lege dasselbe Zentrum Zölle auf Maschinen für die Industrie, die auch aus Amerika und England kommen, wie bei den vorher behandelten Positionen. Immer sei ein Klage lied über die kleinen Landwirthe angeklammert worden, aber gerade diese würden durch den Zoll geschädigt. Die landwirtschaftlichen Maschinen erleichtern auch der kleinen Landwirtschaft das Leben. v. Wangenheim habe am 16. Mai 1900 im preussischen Abgeord-

nethaus gesagt: „Wenn heute der ländliche Arbeiter nicht das Unglück hat, eine lüderliche oder fränke Frau zu besitzen, dann können die Leute sämtlich erhebliche Ersparnisse machen und thun es auch.“ Die Feststellung der Löhne ländlicher Arbeiter stelle diese Behauptung ins rechte Licht, denn die Löhne betragen ca. 400 bis 500 Mark. Durch diese Zölle werden aber die Kleinbesitzer und die Arbeiter geschädigt. Die Gründe Gerolds sprächen für Zollfreiheit. Sei denn das Deutsche Reich so arm, daß es auf diesen Zoll auf landwirtschaftliche Maschinen nicht verzichten könne? Handelspolitisch sei der Zoll wertlos, finanzpolitisch ohne Bedeutung, was bliebe da für ein Grund noch übrig, diese Geräte zu belasten?

Gohlein hatte Herabsetzung auf 3 Mk., Beumer Erhöhung des Regierungsvorschlages auf 12 Mk. beantragt. Annahme fand der Gerold-Schwerin'sche Antrag.

Zu den Zöllen auf elektrotechnische Erzeugnisse sprach Bernstein. Er führte aus, daß die deutsche Industrie vollständig den inländischen Markt beherrsche, außerdem überwiege die Ausfuhr in starkem Maße die Einfuhr. Redner spricht über die Monopolisierung dieser Industrie durch Kartelle und die Schädlichkeit solcher Vorgänge; ferner über die Unsicherheit, verglichenen Zollsätze als Kompensationsobjekte zu behandeln.

Mit Ausnahme der Ermäßigung des Zolles auf elektrische Glühlampen von 180 auf 80 Mk. wurden alle anderen Zölle nach der Regierungsvorlage festgesetzt.

Aus den weiteren Verhandlungen sei noch erwähnt, daß Stadthagen die Erhöhung der Zölle auf Fahrräder, doch diejenige der Zölle auf ihren entchieden bekämpfen, während Mollenhuth scharfe Kritik daran übte, daß trotz des Zolles auf Luxusfahrzeuge die theueren Luxus-Wagen zollfrei bleiben sollten, im Uebrigen aber ebenfalls die Schiffszölle bekämpfte. Stadthagen hob besonders den Charakter des Fahrrades als allgemeines Verkehrsmittel hervor, dessen sich besonders die Arbeiter bedienen und die daher Tausende von Fahr radlern benötigen. Man dürfe ihnen dieses Verkehrsmittel unter keinen Umständen verteuern, denn bei der im heutigen Produktionssystem begründeten Fluktuation wisse der Arbeiter nicht, ob er oftmals die Arbeit wechseln müsse und dabei müsse er die Wege in Betracht ziehen. Einleitend hatte er schon auf die glänzende wirtschaftliche und technische Entwicklung der deutschen Fahrradindustrie hingewiesen, deren Erzeugnisse bereits vielfach den amerikanischen Fahrrädern vorgezogen werden.

Erfolg hatten alle diese Bemühungen nicht, die kompakte Majorität der Ueberzöllner beschloß durchwegs die Festsetzung der Zölle nach der Regierungsvorlage.

In welcher Gestalt alle diese Zölle schließlich aus dem Reichstage und endlich aus den Verhandlungen mit dem Auslande über die Erneuerung der Handelsverträge hervorgehen werden, läßt sich heute noch nicht sagen. Aber was man heute schon sagen kann, ist Das, daß hohe Zölle im Tarifgesetz auch hohe Zölle in den Handelsverträgen, insofern solche überhaupt zu Stande kommen, zur Folge haben werden. Und fest steht ferner, daß die deutsche Industrie in der That auf einer Höhe der Entwicklung steht, daß sie des Zollschutzes nicht mehr bedarf und daß es sich daher für die hochschutznöthigen Industriellen nur um Monopolisierung des Inlandmarktes für die syndizierte deutsche Industrie und andererseits bei der Regierung nur um Finanzzölle handelt, um ungezählte neue Millionen für Militarismus und Marinismus zu erhalten. Bei den Zigaretten zollen besteht die Regierung den doppelten Zweck: Milliardengehälter an die Junker und übrigen Großagrarier und Vermehrung der Zolleinnahmen.

So mag man den Budgettarif von welcher Seite immer betrachten, stets kommt man zu dem End ergebnis: Nieder mit diesem Budgettarif!

Der Deutsche Metallarbeiterverband — ein Theil der sozialdemokratischen Partei.

Das Bedienstet, erwidert zu haben, daß der Deutsche Metallarbeiterverband ein Theil der sozialdemokratischen politischen Parteiorganisation ist, gehörte dem Oberbürgermeister von Essen Namens Jäger.

Die Stadt Essen besitzt im sog. Nordpark einen Saal, in dem Vereine ihre Feste und Versammlungen abhalten können. Nun glaubte der Vorstand der Zählstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes auch ein Anrecht auf Benutzung des Saales zu haben, weil der Ueber große Theil der Bevölkerung der Stadt Essen Metallarbeiter und Eisenarbeiter ist.

Am 20. Juli er. frag der Vorsitzende Kollege Wöhllein in einem Schreiben beim Herrn Oberbürgermeister an, ob für den 13. August der Nordpark-Saal für eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit dem Thema: „Christliche oder freie Gewerkschaften?“ zu haben sei.

Ein Schreiben folgenden Inhalts laut die Antwort: Ein Herr Wöhllein, Wöhllein, Bevollmächtigter des deutschen Metallarbeiterverbandes, Essen.

Auf die Anfrage vom 20. d. Mts. theile ich ergebenst mit, daß Ihnen der Nordpark-Saal am 13. August d. Jts. zum Zweck des Abhaltens einer öffentlichen Versammlung nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

S. W. Der Bevollmächtigte, Wöhllein.

Nach dem Schreiben glückte Kollege Wöhllein schließlich zu können, für den 13. August sei der Saal vergeben, und er wandte sich nochmals schriftlich an den Herrn Oberbürgermeister mit dem Ersuchen, derselbe möge in der Zeit vom 13. und Ende August einen Tag bestimmen, wann der Saal frei sei. Derauf ging folgende Antwort ein: Herrn Wöhllein Wöhllein, Segerothstraße 5. Essen.

Auf das gefällige Schreiben vom 3. August er. erwidere ich ergebenst, daß der Stadtgemeinde nach den beschafften Einverständnissen der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden verboten ist, im städtischen Eigenthum befindliche Säle zur Abhaltung von Versammlungen der sozialdemokratischen Partei herzugeben.

Da Sie selbst der sozialdemokratischen Partei angehören, daselbst auch bei dem Ihnen bereits bezeichneten Redner der Fall ist, so habe ich bei Eingang Ihres Schreibens vom 20. Juli 1902 angenommen, daß es sich um eine Parteiverammlung der Sozialdemokratie, bezw. um eine Metallarbeiter-Versammlung handle, in welcher die Letzteren für die sozialdemokratische Partei gewonnen werden sollen.

Aus diesen Gründen habe ich die Hergabe des städtischen Saales nach den betreffenden Vorschriften ablehnen müssen.

Sollte ich mich in dieser Beziehung im Irrthum befinden und es sich bei Ihrer Versammlung nicht um eine sozialdemokratische Versammlung handle, so bitte ich um gefällige Nachricht, und kann Ihnen in diesem Falle der städtische Saal überlassen werden. Zweigert.

Einige Freunde herrichten nun bei einigen nähen Leuten. Doch mit des Oberbürgermeisters Mächten ist kein anderer Bund zu schließen!

Kollege Wöhllein ließ folgende Eingabe abgehen:

An den Herrn Oberbürgermeister zu Essen.

Auf das gefällige Antwortschreiben vom 8. August er. erlaube ich mir Folgendes zu bemerken:

Die Versammlung, welche ich im Nordpark abzuhalten gedachte, soll keine sozialdemokratische, resp. auch keine Versammlung sein, in der die Teilnehmer für die sozialdemokratische Partei gewonnen werden sollen, sondern lediglich der Besprechung über wirtschaftliche und gewerkschaftliche Fragen gewidmet sein.

Ich glaube, daß das Thema, welches ich angab, wohl keinen Zweifel aufkommen lassen konnte. Weil ich als Person Mitglied der sozialdemokratischen Partei bin, der Referent Sozialdemokrat ist, kann und darf man doch nicht daraus schließen, daß die Verhandlungen, welche ich arrangire, sozialdemokratisch sind.

Als Bevollmächtigter der hier selbst bestehenden Filiale des deutschen Metallarbeiterverbandes bin ich verpflichtet, die Interessen der Mitglieder zu wahren und für die weitere Ausbreitung des Verbandes zu sorgen, um durch den Zusammenfluß der am Orte beschäftigten Metallarbeiter dafür zu sorgen, daß auch hier bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden.

Die Versammlung sollte die Lage der Metallarbeiter am Orte und im Reich beleuchten, die Teilnehmer auf den Fortschritt und Nutzen der Organisation hinweisen, resp. derselben zuführen.

Mit der Bitte, mir baldigst mitzutheilen, ob ich das Lokal am Sonntag, den 24., oder Freitag, den 22. d. M., zur Versammlung erhalten kann, zeichnet sich

Wöhllein, Wöhllein, Dieses Schreiben erzielte folgende Antwort: Herrn W. Wöhllein, Essen.

Sie.

Auf das gefällige Schreiben vom 12. August er. erwidere ich nach Anhörung der zuständigen Verwaltungsdeputation Folgendes:

In Ihrem Schreiben bemerkten Sie, daß Sie als Bevollmächtigter der hier selbst bestehenden Filiale des deutschen Metallarbeiterverbandes (Sitz Esslingen) verpflichtet seien, das Interesse seiner Mitglieder zu wahren und für die weitere Verbreitung des Verbandes zu sorgen.

Dieser soll auch die Versammlung dienen, welche Sie in einem im städtischen Eigenthum befindlichen Saale abzuhalten wünschen.

Sich bin nach den bestehenden Bestimmungen nicht in der Lage, Ihnen den städtischen Saal für den angegebenen Zweck zu überlassen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, jedenfalls aber die hiesige Filiale desselben, ist ein Theil der sozialdemokratischen politischen Parteiorganisation.

Die hiesige Filiale steht nicht nur unter sozialdemokratischer Leitung, es sprechen in den Verbandsversammlungen fast ausschließlich der politischen sozialdemokratischen Partei angehörige Redner, sondern es ist die Zugehörigkeit des Verbandes zur Sozialdemokratie auch in den Verbandsversammlungen offen ausgesprochen, so in der Versammlung vom 23. Februar 1902 (Vortrag des Redakteurs Henrich), vom 23. März 1902 (Versammlung der Arbeiter), 14. Juli 1902 (Wahl eines Hinzuziehenden in der Redaktion des Bedarfs für den Geschäftsführer des Verbandes) und anderen Versammlungen.

Es handelt sich daher bei der von Ihnen gewünschten Versammlung lediglich um eine sozialdemokratische bezw. um eine Versammlung, in welcher die hiesigen Metall-

arbeiter für die hier bestehende Filiale des Deutschen Metallarbeiterverbandes und damit für die politische Partei der Sozialdemokratie gewonnen werden sollen.

Gür solche Versammlungen darf ich, wie ich Ihnen bereits in meinem Bescheid vom 8. August 1902 mitgeteilt habe, den feierlichen Saal nicht hergeben.

Es muß daher bei unvereinbar abweisenden Bescheid sein bleiben.

Wenn in dem Schreiben stünde, so bemerkt zu diesen Vorgängen der „Beitrag“, das Lokal bleibt Euch unter allen Umständen verschlossen, da Gründe dazu eigentllich nicht vorliegen, werden einfach welche konstruiert, dann wären wir gerade so aufgeklärt wie auch jetzt.

Der Herr Oberbürgermeister wird doch wissen, daß der sozialdemokratische Verein gefordert vom Deutschen Metallarbeiter-Verband seine Mitgliederliste auf dem Rathaus einreicht. Wenn beide Organisationen eins sind, wozu dann das gesonderte Einreichen der Mitgliederlisten?

Wäre ferner der Deutsche Metallarbeiter-Verband ein Teil der sozialdemokratischen Partei, so müßte ja selbstverständlich auch ein Teil der Gelder in diese Kasse fließen. Da hat der Herr Bürgermeister sich schlecht Bericht erstatten lassen, sonst müßte er wissen, daß die Gelder des Metallarbeiterverbandes nur zu Zwecken der Gewerkschaft verwendet werden.

Wie bequem man es sich bei der bürgermeisterlichen Beweisführung macht, geht aus Folgendem hervor. Ein Redakteur Hemlich soll am 23. Februar 1902 in einer Verbandsversammlung offen ausgesprochen haben, daß der Verband zur Sozialdemokratie gehöre.

Geschäftsbericht der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft pro 1901.

Von allen Berufsgenossenschaften der Metallbranche ist die „Nordöstliche“ die erste und pünktlichste in der Herausgabe ihres Berichtes für das Geschäftsjahr 1901.

Table with 4 columns: Zahl der Betriebe, gegen 1900, Zahl der versicherten Personen, gegen 1900. Rows for Sektion I-IV and Zusammen.

Die Zahl der versicherten Betriebe und der in diesen durchschnittlich beschäftigten Personen in der in 4 Sektionen eingetragenen Berufsgenossenschaft ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Zahl der Betriebe, gegen 1900, Zahl der versicherten Personen, gegen 1900. Rows for Sektion I-IV and Zusammen.

Hierzu entfiele im Durchschnitt auf den einzelnen Betrieb 27,63 Versicherte (gegen 30,16 im Vorjahre).

Als weiterer Beitrag für die stets behauptete „Erziehung der Volkswirtschaft“ kann Tabelle II des Berichtes: „Beitrag der anrechnungsfähigen Löhne“ betrachtet werden:

Table comparing 1901 and 1900 wages for sections I-IV and total.

Die Zahl der Arbeiter hat also um 5538 abgenommen, die anrechnungsfähigen Löhne sind um 4,172,887 Mark zurückgegangen!

Table showing wages for sections I-IV against the previous year.

Demnach sind nur in Sektion I die Löhne im Durchschnitt etwas gestiegen, während sie in den übrigen drei Sektionen zurückgegangen sind. Die Folgen der Krisis: Arbeitslosigkeit und niedrigere Löhne! Trotzdem wagt man es, die allernötigsten Lebensmittel den Arbeitern auch noch zu verheuern!

Im Berichtsjahre wurden insgesamt 7799 Unfälle angemeldet. Es kamen also auf 1000 versicherte Arbeiter 33,05 Unfälle!

Table VIII des Berichtes showing causes of accidents and their counts.

Die Ausgaben der Berufsgenossenschaft betragen im Geschäftsjahre 1901: für Kosten des Selbstversicherens 27,569.78 Mk., Renten an Verletzte 959,737.60 Mk., Sterbegehalt 4575.17 Mk., Renten an Witwen 64,784.22 Mk., Abfindung an Witwen 3340.77 Mk., Renten an Kinder 65,225.81 Mk., Renten an Ascendenten 3014.30 Mk., Kur- und Verpflegungskosten 53,831.90 Mk., Abfindung an Ausländer 3740 Mk., Abfindung an Inländer 10,376.30 Mark.

Die Abfindung der Inländer wird, nach der Höhe der aufgewendeten Summe zu urteilen, jetzt fleißiger geübt. Die Berufsgenossenschaften machen ihr Geschäft dabei, Rentenempfänger, die 10-15 Prozent Rente beziehen, mit 3-400 Mk. „Kapital“ abzufinden.

Der Rezerbefond der Berufsgenossenschaft betrug nach der Bilanz am Schluß des Jahres 1901 die Summe von 3,140,998 Mk.

mindest hat, trotzdem die Zahl der Versicherten zurückgegangen ist, so dürfte das einerseits seinen Grund darin haben, daß die Unfälle aus dem letzten Vierteljahr 1900 erst jetzt zur Feststellung gelangt sind (Großartige Logik!)

Daß die Arbeiterkraft endlich mehr und mehr die sozialpolitischen Gesetze kennen lernt, ist doch erfreulich; man schaffte aber mit dem „einerseits“ und „andererseits“ die hohe Unfallzahl nicht aus der Welt!

Wer aber die Praxis kennt, wird zugeben, daß es besser ist, wenn die „Polizei“ diese „Schuldfrage“ aus ihrem Protokoll lieber ganz heraus läßt, da gewöhnlich doch nichts dabei herauskommt.

Das läßt sich schon eher hören! Leider ist es in vielen Fällen ja, daß Verletzte keine Ansprüche erheben, auch wenn sie noch so „gerecht“ sind, weil sie ja wieder „Brot und Arbeit“ haben, an die Zukunft, an die Folgen des Unfalles gar nicht denken!

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Auch in diesem Jahre soll wie im vorigen ein Metallarbeiter-Monatskalender pro 1903 im eigenen Verlage unserer Druckerei herausgegeben werden und machen wir die Mitglieder schon jetzt darauf aufmerksam.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkassa die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Köln-Ehrenfeld die Erhebung eines monatlichen Extrabeitrages von 15 Pf. pro Mitglied. Der Verwaltungsstelle Altona a/E. die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 30 Pf. pro Mitglied während der Dauer der Hamburger Klumpnerausperrung. Der Verwaltungsstelle in Flensburg die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 10 Pf. pro Mitglied. Den Verwaltungsstellen Betschau und Witten die Erhebung je eines monatlichen Extrabeitrages von 10 Pf. pro Mitglied vom 1. September ab.

Ausgeschlossen aus dem Verbands... Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rathenow...

Der Former ? Hazonf., geb. zu Miskowiz i. Schl. am 2. März 1877...

Es wird den nachstehend verzeichneten Mitgliedern der Verwaltungsstelle Meuselwitz Gelegenheit gegeben...

Otto Eismann, geb. zu Meuselwitz am 15. Mai 1883, Buch-Nr. 331,778.

Gustav Görber, geb. zu Hartmannsdorf am 6. Jan. 1878, Buch-Nr. 155,872.

Otto Häußner, geb. zu Reishain am 4. Dezbr. 1874, Buch-Nr. 32,742.

Franz Hochmuth, geb. zu Siebelroth am 29. Septbr. 1876, Buch-Nr. 111,899.

Emil Paske, geb. zu Reiz am 8. Januar 1871, Buch-Nr. 148,625.

Ebenfalls zur Rechtfertigung aufgefordert wird mit dem Bemerkten, daß eine dreimalige vergebliche Aufforderung...

Daselbe gilt von dem Unterfasser der Verwaltungsstelle Offenbürg (Baden)...

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16 b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken...

Der Vorstand.

Quittung

Aber die vom 1. bis 31. August 1902 bei der Hauptkassa eingegangenen Verbandsgelder.

- Von: Altenburg 800, Altona 800, Auerbach 30, Bergedorf 200, Braunschweig 500, Bremen 790, Bremerhafen 700, Breslau: Klempner 200, Samst 500, Chemnitz 2150, Crimmitschau 200, Darmstadt 200, Dessau 150, Döbeln 200, Düren 200, Durlach 200, Eilenburg 100, Elbe 66,48, Erfurt 150, Feuerbach 170, Flensburg: Klempner 100, Frankenthal 400, Frankfurt a. Main 1000, Friedrich 700, Gelsenkirchen-Schalke 150, Gevelsberg 150, Glaucho 89,30, Gmund 200, Großsch 125, Hannover 600, Heiligenhaus 200, Hirschberg 75, Hüsch a. W. 100, Kellterbach 60, Kiel 80, Köln-Ehrenfeld 250, Kronenberg: Mlg. 600, Schleier 200, Hüpperfeld 60, Lagerdorf 100, Lambrecht 400, Lammerspiel 21,88, Leipzig 5100, Leisnig 50, Liegnitz 200, Linbach 60, Linden 1100, Ludenwalde 200, Lüdenscheid 200, Ludwigshafen 250, Magdeburg 1200, Mannheim 800, Meissen 200, Mettmann 44, Meuselwitz 100, Mittweida 130, Mühlheim a. Rhein 721,38, München: Allgem. 1500, Formar 300, Spengler 750, Meugersdorf 300, Nienburg a. Saale 19,70, Oberschlesia 8, Soggersheim 68, Oppeln 25,80, Osterode a. Harz 25, Pforzheim 300, Pries 150, Quehlinburg 350, Reichenbach i. Vogt. 93,60, Reimscheid: Formar 227,32, Rheydt 30, Saalfeld 400, Saßl 50, Schlesig 37, Schmalfalen 100, Schmüling-Doos 100, Schwarzenberg 150, Stodum 5, Striegau 131,50, Stuttgart 200, Tönnisheide 200, Ueberach 202,48, Wegejad 400, Welter 400, Wald, Formar 19,72, Wittenberg a. Elbe 119,20, Wittenberge 40, Zwickau 100, Einzelmilitglieder der Hauptkassa 400, für: Notizkalender 402,40, Protokolle der 5. ordentlichen Generalversammlung 41, Zurückbezählte Schuld von: H. Hofstet (G.-B. der Former) Bremen 10, Gg. Reichel-Stolberg 15,80, Sonstige Einnahmen der Hauptkassa 5.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Empfänger von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anträge sofort an uns zu berichten.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Aus den Agitationsbezirken.

Bericht des Bezirksleiters vom 7. Bezirk für das 1. und 2. Quartal 1902.

Daß mein Tätigkeitsbericht später erachtet als meine Absicht war, liegt lediglich daran, daß zu viele Auforderungen an mich gestellt wurden und weil ich die erwartete Unterstützung bei den Kollegen des hiesigen Bezirkes nicht gefunden habe...

genommen, in 6 Fällen kam es zum Streit, in den übrigen Fällen wurde einstweilen eine Einigung erzielt, oder ließen wir es Angesichts der schlechten Zeit nicht zum Kampfe kommen.

In folgenden Orten kam es zum Streit: M.-Glabbad (H. Jomjen), Lindenthal (Metallwaarenfabrik), Wartenstein (Wergenthal), Schwelm (Werdes u. Ste.), Solingen (Werr. Schmied) und Krefeld (Wulkan).

In folgenden Orten waren Differenzen, die nicht zum Streit führten: Herdingen, Welbert, Dülken, Lachen, Essen, Lüdenscheid, Mülspe, Viersen, Kemscheid, Schwelm und Duisburg.

In M.-Glabbad war der Streit schon im November 1901 ausgebrochen und blieb mir nichts Anderes übrig, weil ich vor einer vollzogenen Thatsache stand, als so viel wie möglich für die beteiligten Arbeiter herauszuschlagen.

Ich hatte mich damals auch weiter beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten gewandt, und lasse ich hiermit dessen Antwort folgen:

Düsseldorf, den 3. Januar 1902.

Von Ihrer Eingabe vom 3. vor. Mits. habe ich Kenntnis genommen und, so weit nach den statgehobten Ermittelungen das Vorgehen der Polizei-Organe zu M.-Glabbad (Land) zu Ausstellungen Anlaß gegeben hat, das Geeignete veranlaßt.

Auf die einzelnen Beschwerdepunkte kann Ihnen ein Bescheid nicht erteilt werden, da Sie selbst an den von Ihnen mitgetheilten Vorkommnissen nicht beteiligt gewesen sind und Ihnen somit ein Beschwerde-recht nicht zusteht.

Ubrigens bemerke ich, daß nach den amtlichen Erhebungen auf Seiten der Streitenden große Ausschreitungen und Vergehlichkeiten der Arbeitswilligen festgefunden haben und daher ein entschiedenes Einschreiten der Polizei-Organe durchaus geboten war.

n. Dr. Meißner.

In Herrn R. Spiegel, zu Düsseldorf, Weihenstraße 8.

Anschließend hieran will ich bemerken, daß die Kollegen, die unter Anklage standen, von dem Gericht freigesprochen wurden, trotzdem die Beamten, Polizeikommissar Monke, Sergeanten Luß und Wulfe als Zeugen in den Verhandlungen auftraten.

In Köln-Lindenthal hatten im Januar 50 Schlosser die Arbeit wegen Affordreduktion niedergelegt, und die übrigen 500 Arbeiter wollten ebenfalls in den Streit eintreten.

In Wuppertal bei Lippstadt kam es ebenfalls am 10. Februar zum Streit bei Gabriel und Wergenthal wegen Affordreduktion.

In Wuppertal bei Lippstadt kam es ebenfalls am 10. Februar zum Streit bei Gabriel und Wergenthal wegen Affordreduktion.

In Wuppertal bei Lippstadt kam es ebenfalls am 10. Februar zum Streit bei Gabriel und Wergenthal wegen Affordreduktion.

In Wuppertal bei Lippstadt kam es ebenfalls am 10. Februar zum Streit bei Gabriel und Wergenthal wegen Affordreduktion.

In Wuppertal bei Lippstadt kam es ebenfalls am 10. Februar zum Streit bei Gabriel und Wergenthal wegen Affordreduktion.

In Wuppertal bei Lippstadt kam es ebenfalls am 10. Februar zum Streit bei Gabriel und Wergenthal wegen Affordreduktion.

Bei Herr Schmidt in Solingen wurde 18 Formern wegen Schwächung der Arbeitervereine gestrichelt.

war dies ebenfalls ein heißer Kampf, der zu Gunsten der Arbeiter beendet wurde. Bei diesem Kampf wurde ich drei mal in Anspruch genommen.

Auf dem Stahlwerk Wulkan hatten auch plötzlich 130 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil dort von der Direktion 13 Prozent Abzug mit rückwirkender Kraft geboten wurden.

Bei der Firma Spieß, Kemscheid Eisenhütte, wurde am letzten Tage der Kündigung durch folgende Vereinbarung ein Streit verhütet:

Die Firma Kemscheid Eisenhütte (Wolf Spieß) hat heute mit Ihren Formern folgende Vereinbarungen getroffen:

Die Berliner Kommission ist unter früheren Bedingungen im Affordkolonnen-system fertigzustellen, und haben alle Formar dafür einzustehen, daß dieselbe so schnell wie möglich fertig wird.

Nach Fertigstellung der Berliner Kommission treten folgende Bedingungen in Kraft: 5 Prozent Lohnerhöhung denjenigen Formern, welchen f. B. ein Abzug von 5 Prozent gemacht und inzwischen die Löhne nicht wieder erhöht wurden.

Einführung der 10stündigen Arbeitszeit. Maßregelungen finden nicht statt.

Kemscheid, den 16. April 1902.

Carl Spiegel, Wolf Spieß.

Bei diesen Differenzen war ich zwei mal mit Spieß, mit einer Kommission der Former und Koll. Göhr in Unterhandlung getreten.

Der Streit bei der Firma Gerhardt u. Cie. in Lüdenscheid kam vor dem Einigungsamt in Lüdenscheid zur Entscheidung, und zwar unter folgenden Bedingungen:

- 1) Weigandmeter Sieber, als Vorsitzender, 2) Fabrikant Wilh. Gerhardt, 3) Fabrikant Gustav Kölle, 4) Fabrikant Aug. Wegerhoff

als Vertrauensmänner aus dem Stand der Arbeitgeber, 5) Graveur Fr. Eichholz, 6) Schleifer Rob. Köbenstrunk, 7) Fabrikarbeiter Gujt. Hüggeberg

aus dem Stande der Arbeiter, kam folgende Vereinbarung zu Stande:

Die Vertreter der Arbeiter erklären im Einverständnis mit letzteren die Arbeit fortzusetzen. Der Vertreter der Arbeitgeberin erklärt sich dagegen bereit, den Arbeitern den festen Einheitspreis von 50 Pfg. pro Dutzend spanischer Wäffel als Affordlohn zu zahlen.

Sollte sich nach einem halben Jahre bei diesem Preise für die Arbeiter ein höherer Verlust als 2 1/2 Prozent ihres früheren Lohnes ergeben, so bezichtigt die Arbeitgeberin den Arbeitern den Mehrbetrag zurück.

Die Kündigung wird zurückgenommen. Lüdenscheid, den 18. Februar 1902.

Der Vorsitzende: Sieper. Die Vertrauensmänner aus dem Stande der Arbeitgeber: Wilh. Gerhardt, Gujt. Kölle, Aug. Wegerhoff.

Die Vertrauensmänner aus dem Stande der Arbeiter: Fritz Eichholz, Rob. Köbenstrunk, Gujt. Hüggeberg. Der Vertreter der Arbeitgeberin: Carl Steinweg.

Die Vertreter der Arbeiter: Otto Cordt, Wilh. Brimg.

Als die streikenden Arbeiter während der Verhandlung wegen Verzögerung der Bedingungen, die die Firma gestellt hatte, abtreten wollten, wollte mir der Vorsitzende verwehren, mit abzutreten.

Auch will ich noch bemerken, daß die Herren Fabrikinspektoren Dr. Warkhändler-Arnberg und Herr Knoll-M.-Glabbad sich als Vermittler bei den Streiks in ihren Bezirken uns zur Verfügung gestellt haben.

Über die Agitation, Beschlüsse usw. im folgenden Bericht.

Bericht der Agitationskommission für Südbayern für das 1. Halbjahr 1902.

Die unangenehmste Arbeit einer verantwortlichen Korporation ist, Bericht zu erstatten in einer Zeitperiode, wo die Erfolge minimal sind, bezw. der Verlust der Gewinn übersteigt.

Was ist aus den eingegangenen Berichten für das 1. Halbjahr zu ersehen? Von ca. 6000 in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitern sind 1100 organisiert.

Die Geschäftslage ist durchgehend eine schlechte. Nur in der Bauhilfserei und Spenglerei sind einige wenige Einstellungen zu verzeichnen.

An Lohnbewegungen sind, außer dem Formerausstand in Augsburg, der zur Zufriedenheit der Arbeiter nach vier Tagen beigelegt wurde, noch Landshut anzuführen.

Das größte Agitationsfeld ist und wird München selbst bleiben. Hierüber nur Einiges. Seit Jahresabrechnung von 1901 sind in München 3256 Metallarbeiter im D. M. A. organisiert.

Nicht minder wurde an dem inneren Ausbau des Verbandes gearbeitet. Als Resultat ist zu verzeichnen, daß sämtliche Sektionen, bis auf die Sektion der Formner, jetzt der allgemeinen Verwaltungsjurisdiktion angeschlossen sind.

Die Agitationskommission für Südbayern. Abrechnung pro 1. Halbjahr 1902.

Table with financial data: Einnahmen: Kassenbestand pr. 1. Januar 1902 135,86 Mk; Zuschuß der Hauptkasse, 2 Kassen à 500 Mk 1000,-; Diverse 6,-; Ausgaben: Per Handzettel, Plakate und Inserate 866,90 Mk; Verwaltungskosten 30,-; Porto 6,20; Diäten und Fahrgehalte 220,80; Kassenbestand 517,86; Total 1141,86 Mk.

Korrespondenzen.

Formner.

Silbesheim. In der Eisengießerei der Maschinenfabrik Gbr. Prophe hier selbst drohen Differenzen auszubrechen.

Leipzig. Die Formner und Gießereiarbeiter hielten am 23. August eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Mattisek über Gewerbeverhältnisse sprach.

nun den Ihnen zukommenden Lohn, so bedeutet Ihnen Herr Gierz, sie sollen das Andere am nächsten Jahrtag mitbringen; sind sie damit nicht einverstanden, dann fliegen sie hinaus.

Worms. Wie schon berichtet, wurde bei der Firma Horn am 18. August Akkord eingeführt. Billige Arbeitskräfte fanden sich in Eisenberg und Umgebung.

Berlin. Die Bauklempner Berlins stehen seit dem 24. August in einer Lohnbewegung. Die aufgestellten Forderungen sind: 1) Die Arbeit wird nur im Zeitlohn vergütet; 2) die Arbeitszeit beträgt pro Tag 9 Stunden;

Klempner.

Berlin. Die Bauklempner Berlins stehen seit dem 24. August in einer Lohnbewegung. Die aufgestellten Forderungen sind: 1) Die Arbeit wird nur im Zeitlohn vergütet; 2) die Arbeitszeit beträgt pro Tag 9 Stunden;

tember, die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, soll am Donnerstag, den 4. September, eine allgemeine Aussperzung vorgenommen werden.

Hamburg. In den Innungsversammlungen sowohl wie in der den Innungsmeistern zur Verfügung stehenden Presse wurde wiederholt gegen den Terrorismus und Vandalismus der Gesellen zu Felde gezogen.

Metallarbeiter.

Berlin. Die Dreher streiken bei Vorfis. Dieses unglückliche ist geschehen, nachdem alle Welt immer geglaubt, bei dieser renommierten Werkfirma sei alles in schönster Ordnung.

